

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 69. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. Juli 2009, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln	5
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2666	
2. Sozialstaffelregelung für Kindertageseinrichtungen	6
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2669	
3. a) Besser Lernen in schallgedämmten Räumen - mehr Lärmschutz in Schulen, Hochschulen und Kindertagesstätten	7
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2645 (neu)	
b) Konjunkturpaket II: Lärmschutzmaßnahmen in Schulen und Kitas	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2653	
4. Bericht des Bildungsministeriums über die Errichtung weiterer gebundener Ganztagschulen	9
5. Aufkündigung des Gastschulabkommens durch die Freie und Hansestadt Hamburg	10
Antrag des Abg. Dr. Klug (FDP) Umdruck 16/4410	
Vorlage des Bildungsministeriums Umdruck 16/4447	
6. a) Berufliche Bildung stärken	12
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/2400	
b) Anwerbung von Lehrkräften in Ausbildung für Berufsschulen	
Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2549	

-
- | | | |
|------------|--|-----------|
| 7. | Berichterstattung der Landesregierung über die Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes (BQG) | 14 |
| | Umdrucke 16/4040, 16/4122, 16/4407 | |
| 8. | Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen | 15 |
| | Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2525 | |
| 9. | Beschlüsse der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz vom 22. April 2009 | 16 |
| | Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2660 | |
| 10. | Zukunft der medizintechnischen Ausstattung der Partikeltherapie am Nordeuropäischen Radioonkologischen Centrum Kiel (NRoCK) | 18 |
| | Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2450 | |
| 11. | Verschiedenes | 19 |
| 12. | Petition L142-16/1546
Schulwesen; Lehrerstundenreduzierung | 20 |
| | interner Umdruck 16/4094 | |
| | (nicht öffentlich gem. Artikel 17 Abs. 3 Satz 2 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 2
GeschO; Fortsetzung der Beratung vom 23. April 2009) | |
| | hierzu: Umdruck 16/4257 | |

Punkt 12 der Tagesordnung wird **nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 2 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 2 GeschO** behandelt (siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung)

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2666

(überwiesen am 19. Juni 2009)

Der Ausschuss beschließt, zunächst schriftliche Stellungnahmen zum Antrag einzuholen. Die Fraktionen sollen die Anzuhörenden gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer binnen einer Woche benennen.

AL Bieler-Seelhoff sagt zu, während der Prüfphase, die im Interesse der Betroffenen und der weiteren Planung nicht zu lange dauern sollte, keine personellen Entscheidungen vorzunehmen.

Abg. Dr. Klug - unterstützt von anderen Ausschussmitgliedern - bittet die Staatskanzlei, unmittelbar nach der Sommerpause zu einer Sitzung des Kuratoriums einzuladen, um über die Entwicklung der Landeszentrale inhaltlich in angemessenem Umfang beraten zu können.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Sozialstaffelregelung für Kindertageseinrichtungen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2669

(überwiesen am 17. Juni 2009 an den **Bildungsausschuss** und Sozialaus-
schuss)

Auf Anregung von Abg. Birk beschließt der Bildungsausschuss, schriftliche Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände, der Wohlfahrtsverbände und des Landesrechnungshofs einzuholen.

Abg. Franzen erwartet von den kommunalen Landesverbänden Vorschläge zur Angleichung der Sozialstaffeln.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Besser Lernen in schallgedämmten Räumen - mehr Lärmschutz in Schulen, Hochschulen und Kindertagesstätten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2645 (neu)

(Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV i.V.m. § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO)

b) Konjunkturpaket II: Lärmschutzmaßnahmen in Schulen und Kitas

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2653

(überwiesen am 18. Juni 2009 an den **Finanzausschuss** und Bildungsausschuss)

Abg. Birk wirbt für die Annahme ihrer Anträge und setzt sich für die Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen ein.

M. Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass mit dem Konjunkturpaket des Bundes vorrangig energetische Sanierungsmaßnahmen gefördert würden. Die Richtlinie zum landeseigenen Schulbauprogramm enthalte eine Bestimmung zum Schallschutz.

Abg. Franzen weist beim Thema Lärmschutz auf die Bedeutung des Sozialverhaltens hin, Abg. Dr. Höppner auf die unterschiedlichen baulichen Voraussetzungen der Schulen im Lande.

Vom Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2645 (neu) wird der erste Absatz einstimmig angenommen, der zweite Absatz mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt, der dritte Absatz mit Zustimmung der Antragstellerin für erledigt erklärt und der vierte Absatz von der Antragstellerin zurückgezogen. Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den so geänderten Antrag Drucksache 16/2645 (neu) anzunehmen.

Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss dem Finanzausschuss, dem Landtag die Annahme des Berichtsantrages Drucksache 16/2653 zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht des Bildungsministeriums über die Errichtung weiterer gebundener Ganztagschulen

(s. 67. Bildungsausschusssitzung am 23. April 2009, TOP Verschiedenes)

Auf Fragen von Abg. Dr. Klug und Abg. Birk verweist M Erdsiek-Rave auf die Pressemitteilung des Bildungsministeriums vom 10. Juni 2009 zum Konjunkturpaket II und Ausbau gebundener Ganztagschulen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Aufkündigung des Gastschulabkommens durch die Freie und Hansestadt
Hamburg**

Antrag des Abg. Dr. Klug (FDP)
Umdruck 16/4410

Vorlage des Bildungsministeriums
Umdruck 16/4447

M Erdsiek-Rave trägt vor, das gegenwärtig gültige Abkommen zum grenzüberschreitenden Schulbesuch, das im Januar 2004 mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2007 geschlossen worden sei, habe Hamburg zum Ende dieses Jahres gekündigt. Damit trete auch das Gegenseitigkeitsabkommen von 1963 außer Kraft, das eine Gleichbehandlung im jeweils anderen Bundesland vorsehe. Für die Beschulung schleswig-holsteinischer Kinder in Hamburg zahle Schleswig-Holstein seit 2004 einen Kostenausgleich an Hamburg in Höhe von jährlich 8,5 Millionen €.

Seit etwa zwei Jahren gebe es Verhandlungen mit Hamburg, die aufgrund unterschiedlicher Positionen noch nicht abgeschlossen seien. Es gebe erhebliche Differenzen bei der Bewertung der Schülerströme. Die Schulreformen in beiden Bundesländern dürften zu weiteren Verschiebungen führen. Während Schleswig-Holstein weiter eine pauschale Abgeltung favorisiere, fordere Hamburg eine Spitzabrechnung. Die Hansestadt habe in den letzten Jahren entgegen der Vereinbarung und unabhängig von den vorhandenen Kapazitäten immer mehr schleswig-holsteinische Schülerinnen und Schüler aufgenommen.

Von den etwa 4.800 Heimplätzen in Schleswig-Holstein entfielen schätzungsweise 600 bis 800 auf Hamburger Kinder; genaue statistische Zahlen gebe es dazu bisher allerdings nicht. Hamburg werde zum Schuljahr 2009/2010 noch schleswig-holsteinische Kinder aufnehmen. Man verhandele mit Hamburg über ein Abkommen mit dem Ziel, rechtzeitig zu einem fairen Kostenausgleich, der Berücksichtigung der tatsächlichen Schülerzahlen und möglichst unbürokratischen Regelungen zu kommen.

Abg. Birk erinnert daran, dass die Beschulung von Kindern aus Großstädten anderer Bundesländer in schleswig-holsteinischen Heimen aus pädagogischen Gründen zurückgefahren werden solle.

Abg. Dr. Höppner weist darauf hin, dass Gemeinden, deren Kinder im Bundesland Hamburg beschult würden, dadurch einen Kostenvorteil hätten.

Abg. Birk möchte wissen, warum es noch kein Gastschulabkommen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein gebe.

M Erdsiek-Rave teilt mit, dass Mecklenburg-Vorpommern kein Interesse an einem entsprechenden Abkommen habe, von dem ausschließlich Schleswig-Holstein einen Vorteil hätte, weil fast nur Kinder aus Mecklenburg-Vorpommern schleswig-holsteinische Schulen besuchen und nicht umgekehrt, während es zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg einen wechselseitigen Schüleraustausch gebe. Es sei Aufgabe der Hansestadt Lübeck, den tatsächlichen Wohnsitz der angemeldeten Kinder zu überprüfen.

Abg. Birk hält es für widersprüchlich, dass Schleswig-Holstein für die Beschulung von Landeskindern in Hamburg kräftig zahlen solle, für die Aufnahme von Kindern aus Mecklenburg-Vorpommern jedoch keine Ausgleichsleistungen erhalte.

Abg. Dr. Klug macht darauf aufmerksam, dass über die Aufnahme von Schülern die Schulleitung und damit mittelbar das Land und nicht die Kommune als Schulträger entscheide. Außerdem wundert er sich, dass der von Hamburg genannte Schülerkostensatz von 6.000 € deutlich über dem schleswig-holsteinischen Schülerkostensatz von knapp 5.000 € liege.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Berufliche Bildung stärken

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2400

(überwiesen am 29. Januar 2009)

hierzu: Stellungnahmen Umdrucke 16/4135, 16/4144, 16/4161,
16/4162, 16/4166, 16/4173,
16/4179, 16/4180, 16/4192

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD
Umdruck 16/4449

b) Anwerbung von Lehrkräften in Ausbildung für Berufsschulen

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2549

(überwiesen am 27. März 2009 an den **Bildungsausschuss** und den Finanzausschuss)

Abg. Dr. Klug hält die von den Koalitionsfraktionen beantragte Öffnung des Hochschulrechts für problematisch, im Bereich der beruflichen Bildung erworbene Vorleistungen auf das Studium anrechnen zu können.

Abg. Birk hingegen begrüßt die Möglichkeit, Vorleistungen auf das Studium anrechnen zu können und damit das Berufsschulsystem und das akademische System stärker miteinander zu verzahnen. Sie fragt das Bildungsministerium, welche Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs für Quer- und Seiteneinsteiger genutzt würden und inwieweit die Kapazitätsverordnung im berufsbildenden Bereich für Mangelfächer überprüft werde.

M Erdsiek-Rave weist darauf hin, dass die Diskussion, inwieweit im Rahmen in der Berufsausbildung erworbene Qualifikationen im Studium berücksichtigt werden könnten, bundesweit voll in Gange sei. Fachhochschulabsolventen, die für den Schuldienst angeworben und weiterqualifiziert würden, würden zunächst als Angestellte nach E 12 bezahlt und bei Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen in den höheren Dienst übernommen und verbeamtet.

Auf Fragen von Abg. Birk zum Antrag Drucksache 16/2549 erwidert die Ministerin, der erste Punkt des Antrages werde durch das Sondermodell (ohne Referendariat) erfüllt. Eine höhere Besoldung von Referendaren in Mangelfächern werde es allerdings nicht geben.

Mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 16/2400 in der Fassung des Umdrucks 16/4449 anzunehmen.

Vorbehaltlich des Votums des an der Beratung beteiligten Finanzausschusses empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag ferner mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2549 abzulehnen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Berichterstattung der Landesregierung über die Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes (BQG)

Umdrucke 16/4040, 16/4122, 16/4407

Einstimmig schließt sich der Bildungsausschuss der Empfehlung des Wirtschaftsausschusses an den Landtag an, den Landtagsbeschluss vom 20. Februar 2003, Drucksache 15/2465, wie folgt zu ändern: „Schleswig-Holstein wird sich künftig mit einer Länderzusatzstudie am Europäischen ‚Adult Education Survey‘ beteiligen.“

Punkt 8 der Tagesordnung:

Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2525

(überwiesen am 19. Juni 2009 an den **Wirtschaftsausschuss** und Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Antrag von Abg. Birk, eine schriftliche Anhörung zu der Thematik durchzuführen, wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Auf eine Frage von Abg. Birk teilt M Biel mit, für die Abschlüsse der beruflichen Bildung wolle man eine zentrale Informationsplattform einrichten.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nimmt der Bildungsausschuss den Bericht Drucksache 16/2525 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Beschlüsse der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz vom 22. April 2009

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2660

(überwiesen am 19. Juni 2009)

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug antwortet M Biel, zur Finanzierung des Hochschulpaktes 2020, der Exzellenzinitiative und des Paktes für Forschung und Innovation gebe es Vereinbarungen zwischen dem Wissenschaftsministerium und dem Finanzministerium. Die im Pakt für Forschung und Innovation für die Jahre 2010 bis 2015 vereinbarte Steigerungsrate für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen stehe nach der Protokollnotiz des Ministerpräsidenten unter dem Haushaltsvorbehalt des Landes. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolge in Abstimmung mit den Hochschulen.

Abg. Birk geht davon aus, dass sich die Umsetzung der Beschlüsse der Wissenschaftsminister beziehungsweise der Ministerpräsidenten im Haushalt und in der Finanzplanung widerspiegeln. Außerdem beklagt sie die Diskrepanz zwischen Studienanfängerzahlen und Absolventenzahlen.

Abg. Dr. Klug spricht sich dafür aus, über die Verteilung der Mittel mit den Hochschulen das Gespräch zu suchen, um negative Folgen der Planwirtschaft zu vermeiden sowie die Flexibilität und Handlungsfähigkeit der Hochschulen zu erhalten. Er bittet das Wissenschaftsministerium, den Bildungsausschuss im Herbst über das Ergebnis der Gespräche mit den Hochschulen zu unterrichten.

Abg. Weber fragt, inwieweit sich die norddeutschen Länder bei der Schaffung zusätzlicher Studienplätze abstimmen und durch welche Stellschrauben oder Mechanismen das Ministerium sicherstelle, dass in tatsächlich nachgefragte beziehungsweise wissenschaftspolitisch sinnvolle Studienkapazitäten investiert werde.

M Biel äußert, die Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 erfolge in intensivem Dialog und im Wege von Zielvereinbarungen mit den Hochschulen. Inwieweit wieder eine Abstimmung unter den norddeutschen Ländern erfolge, sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch offen. Auf Fragen von Abg. Birk erwidert er, weil Berlin den überwiegenden Teil der Mediziner Ausbildung in Ostdeutschland übernehme, erhalte es einen Bonus. Die Abrechnung des Hochschul-

paktes I stehe noch aus; von der Universität Flensburg nicht gebrauchte Mittel würden nicht einfach auf andere Hochschulen übertragen.

Abg. Dr. Klug bittet das Wissenschaftsministerium um Fortschreibung des Berichts über das Angebot an Studienplätzen in Schleswig-Holstein (Drucksache 16/941).

Der Bildungsausschuss empfiehlt dem Landtag, den Bericht Drucksache 16/2660 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Zukunft der medizintechnischen Ausstattung der Partikeltherapie am
Nordeuropäischen Radioonkologischen Centrum Kiel (NRoCK)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2450

(überwiesen am 27. Februar 2009 an den **Bildungsausschuss**, den Finanzausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/4073, 16/4185, 16/4210, 16/4263, 16/4365

Eine Frage von Abg. Dr. Klug beantwortet M Biel dahin, mittlerweile sei mit dem vdek eine Vereinbarung getroffen worden.

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht Drucksache 16/2450 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Auf Fragen von Abg. Birk berichtet AL Bieler-Seelhoff unter Hinweis auf die Große Anfrage zur Kultur, die Landesregierung werde ihre Arbeiten am Kulturentwicklungskonzept fortsetzen und zur gegebenen Zeit einen **Kulturentwicklungsplan** vorlegen. Den **Kulturwirtschaftsbericht**, der erstmals auf der Grundlage der von der Wirtschaftsministerkonferenz festgelegten Zahlen zur Erfassung der Kultur- und Kreativwirtschaftsaktivitäten erstellt werde, werde man dem Parlament nach der Sommerpause zuleiten. Fragen zur Förderung von städtischen **Kultureinrichtungen** im Rahmen des Konjunkturpakets II werde das zuständige Innenministerium schriftlich beantworten.
- b) Abg. Dr. Klug bittet darum, das Thema Entwicklung des **Freilichtmuseums Molfsee** auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung am 3. September 2009 zu setzen.
- c) M Biel teilt mit, dass Schleswig-Holstein eine Begutachtung der **Universitätsmedizin** beim **Wissenschaftsrat** beantragt habe. Die Begutachtung des Wissenschaftsrates werde voraussichtlich von Herbst 2010 bis Frühjahr 2011 dauern.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Petition L142-16/1546
Schulwesen; Lehrerstundenreduzierung

interner Umdruck 16/4094

hierzu: Umdruck 16/4257

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 2 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 2 GeschO nicht öffentlich (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:15 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg
Vorsitzende

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer